

ZIB Spezial (20:15) - Übergangsregierung: Spiel der freien Kräfte im NR

Leitner Tarek (ORF)

Aber beteuert wird natürlich von allen Seiten, dass die Rolle dieser neuen Bundesregierung eine andere sein wird als eine, die von den Parteien gestellt wird. Und da ist immer die Rede davon, dass sie keine Regierungsvorlagen beschließen wird. Das heißt, es werden nicht, wie hier zu sehen, vom Ministerrat Gesetzesvorlagen in das Parlament gebracht, die dort dann in der Regel von den Koalitionsparteien beschlossen werden. Jetzt gibt es ja keine klaren Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat und damit könnten sonst eher aussichtslose Initiativanträge im Parlament Erfolg haben. Dabei kann jede Partei einen Gesetzesvorschlag in das Parlament einbringen und sich im Nationalrat dann die dafür nötigen Mehrheiten suchen.

Schwitzer-Fürnsinn Johannes (ORF)

Das Parlament auf der einen Seite - die Regierung auf der anderen. Beide müssen sich jetzt neu finden. Sollten in den nächsten Monaten neue Gesetze auf den Weg gebracht werden, wird das vor allem durch einen Initiativantrag von mindestens fünf Abgeordneten geschehen, ist der Parlamentsexperte **Werner Zögernitz** überzeugt.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Was natürlich den Nachteil hat, dass die ganze Gesetzgebung nicht so transparent ist, weil eben das Begutachtungsverfahren wegfällt und die Kontrolle des Ministerrates.

Schwitzer-Fürnsinn Johannes (ORF)

Was würde das bedeuten?

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Na es würde bedeuten, dass die Öffentlichkeit nicht so eingebunden oder erst relativ spät eingebunden wird in die Gesetzgebung. Also zum Beispiel beim Begutachtungsverfahren kann ich ja schon meine Meinung abgeben und die würde dann in die Vorlage eingebaut werden. Diese Möglichkeit bietet sich beim Initiativantrag nicht.

Schwitzer-Fürnsinn Johannes (ORF)

Möglich wäre etwa, dass das absolute Rauchverbot in Lokalen doch noch beschlossen wird oder dass sich im Gefolge des Ibiza-Skandal eine Mehrheit für strengere Regeln für Parteispenden findet. Daneben könnte das Parlament der neuen Regierung auch noch auf die Finger schauen, ihre Arbeit kontrollieren.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Da gehe ich halt davon aus, dass es weniger Kontrolle geben wird, weniger Aktivitäten geben wird, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass man viele Dringliche Anfragen gegen ein Regierungsmitglied einbringt.

Schwitzer-Fürnsinn Johannes (ORF)

Einige wichtige Aufgaben hat das Parlament in den nächsten Wochen. Bei der Entscheidung über die Neuwahl oder über den neuen EU-Kommissar muss das Parlament mit der Regierung einer Meinung sein. Auf EU-Ebene kann das Parlament außerdem den Handlungsspielraum der Minister in Brüssel einschränken.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Man könnte auch eine Stellungnahme abgeben seitens des Parlaments und sagen, das will ich und wenn der Minister eben mit dem Thema nicht durchkommt, müsste er sich wieder an das Parlament wenden und setzt in solchem Fall eine Art Feuerwehr-Komitee ein, also ein Teil des EU-Unterausschusses, das dann gefragt würde, ob das in Ordnung geht oder nicht in Ordnung geht.

Schwitzer-Fürnsinn Johannes (ORF)

Das Parlament kann also zumindest ein bisschen die Muskeln spielen lassen, wobei der Zeitraum dafür schon recht eingeschränkt ist. Sechs Sitzungstage im Nationalrat sind bis Juli geplant und dann sind ohnehin zwei Monate Sommerpause.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen.

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der
APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.